



Die Gespaltenen Staaten von Amerika

Michael Czogalla & Knut Dethlefsen

Spätestens am 6. Januar 2021 wurde deutlich, wie fragil eine Demokratie sein kann. Ausgerechnet die USA, das Land, das sich über Jahrzehnte zum Ziel gesetzt hat, den Gospel der eigenen Demokratie in die Welt zu tragen, musste – wenn auch nur für ein paar Stunden – hilflos zusehen, wie ein durch rücksichtslosen Populismus aufgestachelter Mob das Zentrum der US-amerikanischen Demokratie, das Kapitol, Haus beider Kongresskammern, gewaltsam stürmte und die gewählten Vertreter des Landes in Angst und Schrecken versetzte. Doch woher kommen der Unmut und die Wut, die sich an diesem Tag explosionsartig mitten in Washington, D.C. entluden? Welche gesellschaftlichen Spannungen und Spaltungen stecken dahinter? Warum existiert die Spaltung nicht nur zwischen arm und reich, warum existiert sie zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen, warum zwischen schwarz und weiß?

Die Spaltung der Gesellschaft der Vereinigten Staaten existierte lange vor Trump und den historischen Ereignissen vom 6. Januar 2021. Die USA waren bei genauer Betrachtung nie wirklich ein geeintes Land – weder nach ihrer Gründung 1776 oder dem Bürgerkrieg und dem Ende der Sklaverei 1865, noch nach dem *Civil Rights Act* von 1964. Bis heute wird die Gesellschaft in Farbgruppen von schwarz bis weiß unterteilt und je nach Gruppe ist es möglich, oft sogar per Gesetz, benachteiligt zu werden – sei es beim Wahlrecht, im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt.

Das Megaphon

Als Trump sich 2015 als Präsidentschaftskandidat aufstellte, wurde er von vielen Seiten belächelt und als chancenlos abgetan. Doch Trump rüttelte an den richtigen Stellen. Er legte den Finger in die Wunden der vor allem weißen Teile der Gesellschaft: ökonomische und soziale Ungleichheit, der Frust über die Irrelevanz der eigenen Stimme und den vermeintlichen politischen Stillstand. Das Klima dieser sonst wohl vielfältigsten aller Gesellschaften war bei Themen wie ethnische Zugehörigkeit, Einwanderung, Religion und Geschlecht schon seit vielen Jahre vergiftet, die demokratischen Institutionen geschwächt.

Die großen Probleme des Landes, Waffengewalt, struktureller Rassismus und stagnierende soziale Mobilität wurden vom Kongress immer wieder politisch verwässert oder vertagt. So spiegelt sich die gespaltene Gesellschaft auch im polarisierten Zweiparteiensystem wider, aus dem sich wiederum viele ganz und gar ausgeklinkt haben.

Die Amtszeit von Trump fiel zudem in eine Zeit technischer Errungenschaften, die er geschickt auszunutzen wusste. Mit ihm wurden die Sozialen Medien zum Megaphon einer Identitätspolitik, in der allein „eine“ Seite die Richtige ist, während überparteiliche Ideen kaum Gehör finden. Bis dato anerkannte Medien und deren Vertreter wurden unter Trump als Lügenpresse und „*enemy of the people*“ (Volksfeinde) dämonisiert; offensichtliche Falschnachrichten zogen unterstützt durch politisierte, private Nachrichtensender erfolgreich durch verschwörungsaффine Kreise der Gesellschaft, in denen auch Wissenschaftsfeindlichkeit Tradition hat.

Es scheint an gegenseitigem Respekt zu fehlen, Respekt für den politischen Gegner, Zivilität gegenüber Mitbürgern anderer Gesellschaftsgruppen und Vertrauen in die eigene Demokratie. Die Seiten haben

sich radikalisiert, und von außen betrachtet hat sich vor allem das rechte Lager radikalisiert.

Auf der einen Seite vermehrten sich weiße Rassisten und Nationalisten unter Trump explosionsartig. Sie fühlten sich von ihm gehört und verstanden. Als sie in Charlottesville, Virginia mit Fackeln marschierten und im Chor riefen *“Jews will not replace us”* („Juden werden uns nicht ersetzen“), sah Trump gute und schlechte Menschen auch bei den Gegnern der Proteste.

Auf der anderen Seite kulminierten die gesellschaftlichen Spannungen in Folge der Corona-Pandemie, die unfassbare humanitäre und wirtschaftliche Folgen mit sich brachte, und der Schock, der auf die Ermordung von George Floyd durch einen Polizisten folgte, 2020 in monatelangen Protesten auf den Straßen des gesamten Landes. Dabei entlud sich der Frust einer ganzen Generation von Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern, die täglich Rassismus erleben, die im eigenen System buchstäblich nicht atmen können. Die Reaktionen der Trump-Administration auf die Proteste waren Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Wirtschaftliche Ungleichheit

Doch warum konnte es Trump gelingen, weiße Nationalisten hinter sich zu versammeln? Neben den historisch-strukturellen Bruchlinien der US-amerikanischen Gesellschaft sind vor allem wirtschaftliche Faktoren ausschlaggebend.

Zwar sind die wirtschaftlichen Ungleichheiten in den USA nicht erst in den letzten Jahren entstanden, aber sie sind seit den 1970er und besonders mit der Reagan-Ära der 1980er Jahre stetig gewachsen. Der unaufhaltsame technologische Wandel, der Verlust einer in den Nachkriegsjahrzehnten florierenden produzierenden Industrielandschaft, der durch die Globalisierung gestiegene Wettbewerb, die sinkende Bedeutung von Gewerkschaften und auch wichtige (steuer)politische Entscheidungen sind nur einige Faktoren, die der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft den sozialen Aufstieg immer schwerer machten. Der Wille des Staates, die Durchlässigkeit der Gesellschaft zumindest ansatzweise zu stärken, um Chancengleichheit herzustellen, ist abhandengekommen. Zentrale Lebensrisiken wie Krankheit oder Einkommensverlust werden gesellschaftlich schlecht oder gar nicht abgesichert und viele Zugänge bleiben für zu viele versperrt.

Die Vermögenskluff zwischen Familien mit höherem Einkommen und Familien mit mittlerem und niedrigerem Einkommen ist in den letzten 40 Jahren stark angewachsen. Dabei ist das Nettovermögen der letzteren zwischen 1983 und 2016 laut dem *Pew Research Center* sogar gesunken: bei den mittleren Einkommen von 32 Prozent auf 17 Prozent und bei den unteren Einkommen von sieben auf vier Prozent. Dagegen ist das Nettovermögen der oberen Einkommen im gleichen Zeitraum von 60 auf 79 Prozent des US-Gesamtvermögens angewachsen.

Für Menschen der unteren Einkommensebenen existieren nur wenige Chancen auf wirtschaftliche Mobilität, was mit der Zeit zu Frust über diese offensichtliche Ungleichheit geführt hat. Eine Ungleichheit, die auf dem oft als „Amerikanischer Traum“ gepriesenen kapitalistischen und individualistischen US-Wirtschaftssystem basiert. Es generiert enorme Mengen an Reichtum, ignoriert aber die soziale Absicherung der Menschen, die tatsächlich von ihrer Arbeit leben müssen. Nicht zuletzt wird so ein politisches System gefördert, das von finanzstarken Sonderinteressen bestimmt wird.

Soziale Spaltung

Aber die Schere läuft nicht nur ökonomisch auseinander. Die Gesellschaft driftet an vielen anderen Stellen in entgegengesetzte Richtungen, welche die sozialen Komponenten der Ungleichheit ausmachen. Eklatante Unterschiede existieren in der Gesundheitsversorgung, bei den Bildungschancen, der geografischen Segregation von Gesellschaftsgruppen und dem strukturellen Rassismus unter Polizeibeamten, im Militär, auf dem Immobilienmarkt und innerhalb von Kreditinstitutionen.

Die USA wurden in der Vergangenheit nicht selten als Vorbild einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft verklärt. Doch die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen des Landes sind bis heute schwierig. Das strukturelle Erbe des aus einer 400 Jahre existierenden Sklavereigesellschaft geborenen Rassismus wurde bis heute nur halbherzig aufgearbeitet. Wie konnte es zum Beispiel ein ganzes Jahrhundert nach dem 1863 durch Präsident Abraham Lincoln gesetzlich verbotenen Ende der Sklaverei dauern, bis die Bürgerrechts- und Wahlgesetze (*Civil Rights Act und Voting Rights Act*) 1964 verabschiedet wurden? Warum kam es weitere 56 Jahre später zu den größten Bürgerrechtsprotesten im gesamten

Land? Die *Black Lives Matter* Bewegung hat deutlich gemacht, dass das Land noch einen weiten Weg zu wirklicher Vereinigung und gesellschaftlicher Heilung hat. Vieles muss noch aufgearbeitet werden.

Daneben sehen – die Wahl von Trump hat das deutlich gemacht – eine große Anzahl überwiegend weißer Landbewohner ihre gesellschaftliche Relevanz und Stellung bedroht. Sie reagierten auf die Identitätspolitik Trumps empfänglich, was am Ende in der Gewalt vom 6. Januar kulminierte. Diese Identitätspolitik definiert auch einige der politischen Lager im Kongress und in den Parlamenten der Bundesstaaten, was immer wieder zur Verabschiedung von Gesetzen führt, die Wahlbezirksgrenzen neu zeichnen und Wählerinnen und Wähler diskriminieren, indem ihnen die Teilnahme an Wahlen erschwert wird.

Ausblick

Mit der neuen US-Regierung und Joe Biden im Weißen Haus wurde zunächst vieles ruhiger, weg von den täglichen Twitter-Eskapaden. Nun muss das Land einen Prozess der Aussöhnung beginnen, denn die Wurzeln des Misstrauens in das eigene System sitzen tief und die Vertrauenskrise in die Demokratie des Landes wird vorerst vorhanden bleiben.

Die Demütigung und die Wunden, die der US-Demokratie unter Trump zugefügt wurden, erinnern zurecht daran, dass eine Demokratie in Bewegung ist und immer wieder neu verstanden und erklärt, im Dialog erstritten und durch möglichst breite Partizipation gefestigt werden muss. Nur dann kann eine Gesellschaft wie die der USA auch versuchen, ihr Verständnis von Demokratie glaubwürdig nach außen zu tragen.

Im Innern müssen aber auch zwei Dinge geschehen. Zum einen müssen die Grenzen vor allem nach rechts aufgezeigt werden. Diejenigen, die den demokratischen Prozess verlassen haben, müssen jetzt mit der vollen Härte des Rechtsstaates bestraft werden. Zum anderen müssen gleichzeitig die Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Teilhabe verstärkt und die entstandene gesellschaftliche Mobilisierung positiv genutzt werden.

In seinen ersten 100 Amtstagen konnte Joe Biden bereits innenpolitische Maßstäbe setzen. So war das zwei Billionen US-Dollar schwere Konjunkturpaket (*The American Rescue Plan*) ein Meilenstein des gesellschaftlichen Umdenkens. Wirtschaftlich konnte

Joe Biden damit die Gesamtnachfrage durch mehr Beschäftigung, Verbraucherausgaben und Investitionen erhöhen und so das Land aus dem Tief holen, in das es durch die Pandemie geraten war. Mit dem Gesetz wurde aber auch ein enormer Impf- und Testprozess in Gang gesetzt. Zudem soll es die Kinderarmut halbieren und die Generationen übergreifenden Ungleichheiten gezielt angehen.

Und obwohl so manche seiner Versprechen aufgrund der Republikanischen Blockadehaltung im Kongress auf der Strecke bleiben werden, lässt sich Joe Biden nicht davon abhalten, Großes zu planen. Zwei weitere insgesamt vier Billionen US-Dollar schwere Infrastruktur- und Familiengesetze liegen im Entwurf bereits vor.

Im Nachklang der historischen Ereignisse im Januar und nicht zuletzt auf Grundlage der massiven *Black Lives Matter* und Bürgerrechtsbewegungen gegen Polizeigewalt und gesellschaftliche Ungerechtigkeit des letzten Jahres existieren heute laute Rufe nach Versöhnung und Vereinigung. Das geht nicht ohne eine ehrliche Aufarbeitungsdebatte und "*accountability*". Trumps MAGA-Motto, *Make America Great Again*, zeigte deutlich, wie gefährlich es ist, das Wohl einer Nation in der Vergangenheit zu suchen. Vielleicht schaffen es diese "Vereinigten Staaten von Amerika" mit der neuen Regierung in naher Zukunft ihrem Namen gerecht zu werden.

Über die Autoren

Michael Czogalla ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Außen- und Sicherheitspolitik im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, DC seit 2005. Bevor er sich der FES anschloss, lehrte er Germanistik an der University of Nebraska, Lincoln (2000-2001) und veröffentlichte das Buch: "Behind the Laughter", das sich mit gesellschaftlichen Kontroversen, religiösen Aspekten und Familienwerten in der US-amerikanischen Populärkultur beschäftigt. Er schreibt regelmäßig über Themen aus dem Transatlantischen Bereich. 2004 erhielt er einen M.A. in Amerikanistik, Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Leipzig. Er ist außerdem Absolvent des Center for Digital Imaging Arts (CDIA) an der Boston University.



Knut Dethlefsen ist seit 2018 Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in den USA und Kanada. Bevor er nach Washington, D.C. kam, leitete er die FES-Büros in Warschau, Ost-Jerusalem und Shanghai. In der Zentrale der Stiftung in Berlin war er u.a. als Leiter des Referats Asien und Pazifik tätig. Von 2001-2002 war er Legislative Fellow für Senatorin Dianne Feinstein (D-CA) und beriet die Senatorin in außenpolitischen Fragen. Er erwarb einen M.A. in Neuer Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaft an der Technischen Universität Berlin sowie einen Master of Science in Foreign Service an der Georgetown University. Er publiziert regelmäßig zu Fragen und Entwicklungen in der internationalen und US-Politik.



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht der Autoren dar. Sie sprechen ausdrücklich nicht im Namen der mit ihnen assoziierten Institutionen.

Über diese Reihe

In Anknüpfung an die virtuelle Veranstaltungsreihe **Road to Election Night & Beyond** begleiten elf transatlantische Institutionen und politische Stiftungen Joe Bidens Innen- und Außenpolitik über seine ersten 100 Tage im Amt hinaus im Rahmen dieser Publikationsreihe. Wir möchten das hoffnungsvolle Momentum nach seiner Amtseinführung aufgreifen und **Transatlantische Impulse** für die Zusammenarbeit zwischen den USA, Deutschland und Europa setzen. Mehr Informationen zur Reihe gibt es unter dem Hashtag #TransatlantischeImpulse und via <https://transatlantische-impulse.de>.

Partner: American Chamber of Commerce in Germany, American Council on Germany, Amerikahaus München, AmerikaHaus NRW, Aspen Institute Germany, Atlantik-Brücke, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, The German Marshall Fund of the United States, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung.

Herausgeberschaft: Aspen Germany et al.

ISSN: 2748-2480

Redaktion: Laura Senftleben/Dr. Stormy-Annika Mildner

Design & Layout: Laura Senftleben